

Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB): Wahlsystem der Stadt Bern - Alternativen müssen geprüft werden!; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 20. Februar 2014 wurde Ziffer 1 des folgenden Postulats erheblich erklärt:

Sowohl die Stadtrats- und wie auch die Gemeinderatssitze in der Stadt Bern werden im Proporzsystem gewählt und nach der Methode Hagenbach-Bischoff verteilt. Das heisst konkret, dass die StimmbürgerInnen zwischen Listen von Kandidierenden entscheiden können und anschliessend werden die Sitze gemäss den jeweiligen Stimmenanteilen der Listen verteilt. Jene Stimmenanteile der Listen, welche nicht mehr für einen ganzen Sitz reichen, bilden zusammen die so genannten Restmandate. Deren Verteilung wird wiederum mithilfe der Methode Hagenbach-Bischoff berechnet. Nun ist die Berechnungsmethode Hagenbach-Bischoff so ausgelegt, dass Restmandate mit grösster Wahrscheinlichkeit den grösseren Parteien zugeteilt werden. Folglich führt dieses Verfahren zu einer Begünstigung von grossen Parteien, kleine Parteien hingegen werden benachteiligt. In diesem Zusammenhang kommt es zudem zu einer Verzerrung des Wahlverhaltens der StimmbürgerInnen die Sitzverteilung widerspiegelt die Stimmenanteile nur unvollständig aufgrund der Verteilung der Restmandate zugunsten der grossen Parteien. Damit werden die mit der Proporzwahl verbundenen Absichten – korrekte Abbildung des Wahlverhaltens der StimmbürgerInnen, gleiche Gewichtung jeder einzelnen abgegebenen Stimme und politische Mitwirkung auch der kleinen Parteien – zunichte gemacht. Dieser Umstand ist insbesondere vor dem Hintergrund der Schweizerischen Konkordanz und der direkten Demokratie aus demokratischer Sicht problematisch. Dies ist auch der Grund dafür, dass in den letzten Jahren in mehreren Schweizer Kantonen und Gemeinden das Wahlsystem geändert wurde – so zum Beispiel in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Aargau und den Städten Zürich und Winterthur.

Auch für die Stadt Bern wäre ein alternatives Wahlsystem denkbar. Aus diesem Grund fordern die Unterzeichnenden den Gemeinderat dazu auf,

1. eine Aufstellung möglicher alternativer Wahlsysteme – sowohl für den Gemeinderat wie auch für den Stadtrat – im Sinne einer Auslegeordnung zu erarbeiten. Dabei soll die Aufstellung unter anderem folgende Punkte beinhalten:
 - Art des Verfahrens
 - Beispielstädte/-kantone etc., welche das Wahlsystem bereits anwenden
 - Vor- und Nachteile der Wahlsysteme (für die Stadt Bern)
2. zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern oder anderen Berner Gemeinden bei einem allfälligen Wechsel des Wahlsystems aussehen könnte.

Bern, 18. Oktober 2012

Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB): Christine Michel, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Judith Gasser, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Esther Oester, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat fordert die Erarbeitung einer Auslegeordnung möglicher alternativer Wahlsysteme für Stadt- und Gemeinderat, wobei unter anderem Vergleiche mit anderen Städten und Kantonen gemacht werden sollen. Die Umsetzung dieses Prüfungsauftrags erfordert somit umfangreiche Abklärungen und Analysen, die viel Zeit in Anspruch nehmen.

Anlässlich der Sitzung vom 20. Februar 2014 erklärte der Stadtrat auch drei andere parlamentarische Vorstösse als erheblich, welche den Bereich politische Rechte betreffen und daher zur Erarbeitung einer Vorlage bzw. des Prüfungsberichts an die Stadtkanzlei überwiesen wurden. Es handelt sich dabei um die Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL): Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident muss eine Mehrheit der Wählenden hinter sich wissen!, das Postulat Claude Grosjean (GLP): Städtische Wahlen und VR-Wahlen der ausgelagerten Betriebe vor Ende der laufenden Legislatur durchführen, und um die Interfraktionelle Motion SP/JUSO, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Thomas Göttin, SP/Marti Mäder, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Daniel Imthurn, GLP/Esther Oester, GB): Anforderungsgerechte Finanzierung der anerkannten Quartierorganisationen. Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen der Stadtkanzlei und unter anderem mit Blick auf die relativ knappe Zeit bis zu den städtischen Wahlen im Jahr 2016 musste eine Priorisierung dieser verschiedenen parlamentarischen Vorstösse vorgenommen werden. Umgehend an die Hand genommen wurde insbesondere die Umsetzung der Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL): Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident muss eine Mehrheit der Wählenden hinter sich wissen!. Die entsprechende Teilrevision des Reglements vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1) soll rechtzeitig in Kraft gesetzt werden, um bereits anlässlich der städtischen Wahlen 2016 zur Anwendung zu gelangen. Der Gemeinderat hat die Vorlage denn auch am 28. Januar 2015 zu Händen des Stadtrats verabschiedet. Auch die Umsetzung der Interfraktionellen Motion SP/JUSO, BDP/CVP, GLP, GB/JA! (Thomas Göttin, SP/Marti Mäder, BDP/Béatrice Wertli, CVP/Daniel Imthurn, GLP/Esther Oester, GB): Anforderungsgerechte Finanzierung der anerkannten Quartierorganisationen wurde aufgrund eines entsprechenden politischen Auftrags prioritär behandelt. Die umfangreichen und zeitaufwändigen Analysen und Arbeiten für den Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB): Wahlsystem der Stadt Bern - Alternativen konnten bei dieser Ausgangslage noch nicht abgeschlossen werden.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristverlängerung um ein Jahr bis Ende Februar 2016.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Monika Hächler, GB): Wahlsystem der Stadt Bern - Alternativen müssen geprüft werden!; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Verlängerung der Frist für die Vorlage eines Prüfungsberichts um ein Jahr bis Ende Februar 2016 zu.

Bern, 17. Februar 2015

Der Gemeinderat